
Anke Fuchs: Zukunftsfähigkeit verlangt ein eigenes ökonomisches Konzept

Anke Fuchs, geb. 1937 in Hamburg, ist stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion der SPD.

Es gibt eine Chance für eine Veränderung, aber diese Chance werden wir nur wahrnehmen können, wenn wir neben dem „Nein“ zur neoliberalen Regierungspolitik auch ein zukunftsorientiertes „Ja“ sagen. Und dabei ist die ökologische Steuerreform ein ganz wichtiger Punkt.

Einen Aufbruch wird es nur dann geben, wenn wir uns zutrauen, auch wirtschaftspolitisch gegenzuargumentieren. Wir können uns noch so sehr soziale

Gerechtigkeit zum Thema nehmen, es wird auf die Frage hinauslaufen: Wie wollt Ihr das finanzieren? Und dabei geht es immer um Arbeitsplätze, es geht um Wirtschaftspolitik. Erst, wenn wir den Menschen klar gemacht haben, daß der neoliberale Ansatz des „Sparen, Sparen, Sparen“ den Sozialabbau beschleunigt und die Arbeitslosigkeit erhöht, die Wettbewerbsfähigkeit der international agierenden Konzerne aber nicht verbessert, machen wir auch Punkte in der Wirtschaftspolitik. Deswegen meine Bitte: Wann immer wir über die soziale Schieflage reden, müssen wir darauf hinweisen, daß sie auch ökonomisch unsinnig ist. Denn die soziale Schieflage, angesichts derer alle bekennen, daß natürlich gespart werden müsse, rührt doch daher, daß sich diese Demokratie vier Millionen Arbeitslose leistet. Nicht der Sozialstaat ist zu teuer, sondern die Arbeitslosigkeit. Vier Millionen Arbeitslose kosten 160 Mrd. Mark. Der Kern der Wirtschaftspolitik müßte deshalb sein, aus Arbeitslosen, die keine Steuern zahlen, aber Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe in Anspruch nehmen, Beitragszahler zu machen, die aktiv am Wirtschaftsprozess teilnehmen. Dann würden wir nicht nur 160 Milliarden DM an Belastung abbauen, sondern auch das *ganze* Geschwätz vom weiteren Sparen, das angeblich Arbeitsplätze schafft, wäre mit einem Schlag hinfällig.

Eine zweite Anmerkung vorweg: Für mich ist der akute Krach zwischen BDI und BDA und der Krach innerhalb der Arbeitgeberverbände - und wer Politik macht, weiß, was Krach in den eigenen Reihen bedeutet - eine ganz neue Erfahrung. Wenn sozialer Konsens plötzlich kein Produktivitätsfaktor mehr sein soll, wenn sozialer Friede nicht mehr als Wettbewerbsvorteil gesehen wird, sondern Herr Henkel statt dessen sagt, daß er die Konfrontation wolle, gewinnt die politische Auseinandersetzung eine ganz neue Dimension. Das geht weit darüber hinaus, daß viele alte Instrumente vielleicht nicht mehr funktionieren, daß das eine oder andere nicht mehr in die Zukunft fortgeschrieben werden kann. Aber wenn der BDI daraus folgert, daß er überhaupt keine Spielregeln mehr will, dann kann ich ihn nur warnen: Unsere Demokratie wird kaputtgehen, wenn wir mit Catch-as-catch-can in die Zukunft gehen. Was wir statt dessen brauchen, sind neue Spielregeln. Dabei müssen wir die unternehmerische Seite wieder an den sozialen Konsens heranbringen. Und wenn sie das nicht will, müssen wir ihr mit dem Druck der Straße klarmachen, was sie politisch zerstören, wenn sie weiter behauptet, sie brauchte keinen sozialen Konsens mehr.

Was sind unsere Antworten für die Zukunft?

Wir haben eine Situation, in der die Umwelt immer noch zum Nulltarif genutzt wird, während gleichzeitig die Arbeit mit hohen Abgaben belastet ist. Wenn wir endlich einlösen, was Experten seit Jahren fordern, daß die Umwelt verteuert werden muß, damit wir mit den Ressourcen schonender umgehen, stellt sich sofort die Frage: Wie erreicht man das?

Dazu braucht man zunächst eine Reihe von staatlichen Instrumenten: Wir müssen umweltschädliche Steuervergünstigungen abschaffen, wir müssen die

Subventionierung von Umweltverbrauch abschaffen und wir müssen durch eine Mischung aus privatem und öffentlichem Kapital Anreize für umweltgerechte Investitionen geben. Dieter Schulte hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, daß wir auf diesem Sektor Exportweltmeister sein könnten. Daß statt dessen umweltgerechte Technologien bei uns nicht einmal vernünftig gefördert werden, ist mehr als bedenklich und hat schon zur Abwanderung der Solarenergie und zu einem Stillstand bei vielen weiteren Zukunftsinvestitionen geführt.

Ein solcher Umsteuerungsprozeß läßt sich allerdings nicht einfach hinschauen, wie der Bundeskanzler offensichtlich glaubt, sondern wir brauchen Impulse in diese Richtung. Die SPD hat hierzu im Bundestag ein Programm „Klimaschutz, Wirtschaftsmodernisierung und Arbeitsplätze“ eingebracht, das auf eine Verteuerung der Energie und eine Entlastung bei den Lohnnebenkosten zielt. Auch hier stellt sich sofort die Frage: Wie finanziere ich das? Wir wollen das finanzieren, indem wir die Umwelt verteuern. Und dabei kommen wir dann zu einem ganz spannenden Prozeß: Wenn wir nämlich zum Beispiel die Energie für die Unternehmen verteuern, bedeutet das im Endeffekt, daß auch die Mineralölsteuer für den einzelnen Bürger teurer wird. Wenn wir also dem Fortschritt diese neue Richtung geben wollen - und ich finde das richtig -, dann müssen wir uns auch eingestehen, daß wir diesen Umsteuerungsprozeß nicht bei irgendjemandem beginnen können, sondern wir müssen bei jedem einzelnen beginnen, indem schlicht das Benzin teurer wird.

Nun können wir uns natürlich darüber streiten, wie man das im einzelnen macht und ob dieser Preisanstieg irgendwie kompensiert werden kann. Aber ich glaube, daß es wichtig ist, daß wir uns vor unsere Mitglieder hinstellen und ihnen klarmachen, daß es nicht gelingen wird, wenn wir nicht auch die Verbraucher in diesen Umsteuerungsprozeß einbeziehen. Und damit habe ich meine eigenen Erfahrungen: Schon einmal, 1990, hat die SPD einen ähnlichen Anlauf unternommen, damals haben wir es „ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft“ genannt. Im Bundestagswahlkampf 1990 sind wir dafür eingetreten, daß der Benzinpreis um 50 Pfennig pro Liter steigt. Das hat eine schwierige Debatte ausgelöst, es hat mächtig geknirscht, wobei ich übrigens finde, daß sowohl Gewerkschaften als auch Parteien und Verbände solche Umsteuerungsprozesse nur unter Knirschen vollziehen können. Aber meine Erfahrung lautet, daß es möglich ist, einen solchen Einschnitt auch für die Betroffenen einsichtig zu machen, wenn man ihnen gleichzeitig sagt, daß sie etwa bei den Lohnnebenkosten entsprechend entlastet werden. In der Debatte kam natürlich sofort der Hinweis auf die Pendler, die auf das Auto angewiesen sind, und es kam sofort die Frage: Was machen wir mit den Rentnern? Aber das sind letztendlich Detailfragen, und mir geht es im Moment nicht um die Details, sondern um die spannende Frage, wie wir die Krise als Chance für die notwendige Umsteuerung bei den Energiepreisen nutzen können. Allerdings möchte ich genauso deutlich sagen, daß wir uns selbstverständlich auch Gedanken darüber machen müssen, wie wir dabei der Situa-

tion bestimmter Gruppen und besonders betroffener Branchen gerecht werden können, etwa bei Chemie und Stahl. Und ich sage ausdrücklich auch hier noch einmal: Das von uns in den Deutschen Bundestag eingebrachte Model einer ökologischen Steuerreform beinhaltet ein klares Ja zu industriellen Arbeitsplätzen.

In den letzten Jahren, das hängt mit der dramatischen Arbeitsmarktsituation, mit der Individualisierung und dem wachsenden Egoismus in unserer Gesellschaft zusammen, scheinen wir den Spaß am konzeptionellen Streit miteinander verloren zu haben. Wir müssen uns wieder an die Zukunftsthemen herantrauen. Wir müssen sagen können, daß der einzelne notfalls zehn Pfennig mehr für Benzin bezahlen muß. Wenn wir uns nicht trauen, das unseren eigenen Mitgliedern zu sagen, dann brauchen wir zukunftsorientierte Projekte gar nicht erst anzugehen, dann kommen wir gegen dieses leidige „Weiter so“ nicht an.

Daß es bei der Diskussion über die ökologische Steuerreform in der Sozialdemokratischen Partei geknirscht hat, habe ich bereits gesagt. Aber wenn wir wirklich wollen, daß die Arbeitsmarktpolitik nicht allein aus Beitragsmitteln finanziert wird, weil es unfair ist, daß die Arbeitnehmer bis zur Beitragsbemessungsgrenze alles finanzieren, was überhaupt mit sozialen Belangen zu tun hat, gibt es keine Alternative dazu, weil wir das Geld, das wir durch eine höhere Mineralölsteuer einnehmen, für eine staatlich finanzierte Arbeitsmarktpolitik brauchen.

Ich möchte dem noch eine kritische Bemerkung zu den Sparbeschlüssen der Bundesregierung hinzufügen: Wie eine Regierung auf die Idee kommen kann, in einer derart kritischen Situation - im Osten ist die Arbeitsmarktsituation geradezu dramatisch -, alles das, was dort an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, an Beschäftigungsgesellschaften, an kreativen Ideen entwickelt worden ist, um Arbeit zu schaffen und Arbeitslosigkeit zu verhindern, einfach aufzugeben und Massenarbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen, ist mir schleierhaft.

Europa: Ausweg aus der Globalisierungsdiktatur

Von all dem, was wir Sozialdemokraten zur ökologischen Umsteuerung, zur Erneuerung des Sozialstaates, zum Kündigungsschutz, zur Frage der größeren Effizienz und zur Stärkung von Beschäftigung und Wachstum in die Diskussion eingebracht haben, möchte ich nur einen Punkt aufgreifen, den wir in der Partei und insbesondere in der Bundestagsfraktion intensiv diskutiert haben: die spannende Frage des weltweit vagabundierenden Kapitals. Gibt es hier überhaupt noch einen demokratischen Gestaltungsspielraum? Ist es unabänderlich, daß das Kapital weltweit vagabundiert, und die Arbeitsplätze und Wirtschaftsabläufe ihm ständig folgen müssen, ohne es wirklich zu können? Müssen wir das alles so in Kauf nehmen oder gibt es Alternativen?

Eine erste Antwort ist, daß wir mit Hilfe internationaler Organisationen darauf achten müssen, daß aus dem freien Welthandel ein fairer Welthandel

wird. Wir müssen in den internationalen Organisationen, wie der World Trade Organization, der ILO und der Weltbank, darauf drängen, daß nicht Menschenrechtsverletzungen Produktivitätsvorteile und Umweltverschmutzung Wettbewerbsvorteile sind. Aber es gibt noch einen zweiten Aspekt: Wir dürfen in der binnenpolitischen Auseinandersetzung nicht auf die Angst hereinfallen, die mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen geschürt wird. Natürlich müssen die großen Konzerne in Indien ebenso präsent sein wie in China. Das hat aber mit unseren Arbeitsbedingungen nichts zu tun, sondern mit den veränderten Erfordernissen der Weltwirtschaft, in Zukunft auch dort Produktionsstätten aufzubauen.

Die Frage lautet statt dessen: Zu welchen Bedingungen können wir diesen neuen Wettbewerb aushalten? Und die einzige Antwort, die ich dazu bisher gefunden habe, lautet: Unsere Antwort darauf ist Europa. Denn ein Europa als eine Versammlung von sozial verfaßten Ländern mit einer Währungsunion und - so unterstelle ich - einer vernünftigen Beschäftigungspolitik wäre natürlich dem Dollar- oder dem Yen-Markt gegenüber oder Südostasien gegenüber wettbewerbsfähig. Aus weltwirtschaftlichen Überlegungen und aus Gründen unserer eigenen demokratischen Verfassung glaube ich deshalb, daß es für uns ganz wichtig ist, den Weg nach Europa zu gehen und die Europäische Union als Chance zu begreifen, politisch etwas zu gestalten und trotz aller Globalisierung etwas zu bewegen. Wenn die Gewerkschaftsbewegung sich stärker europäisch orientiert, und wenn wir alles tun, um den Ländern um uns herum klarzumachen, daß es nicht so kommen muß, wie Herr Kohl ihnen vorgaukelt, der ja jede Initiative in Europa abwürgt und Herrn Kinkel sagen läßt, Beschäftigungspolitik würde in Deutschland gemacht, das habe mit Europa nichts zu tun, dann wird klar, daß Länder wie Österreich oder die skandinavischen Länder oder Tony Blair in England es nicht zulassen werden, daß in Europa die neoliberale Wirtschaftspolitik weiter den Ton angibt, bei der jedes Land erstmal seinen eigenen Sozialabbau betreibt und damit jede wirtschaftliche Entwicklung in Europa stranguliert.

Es geht also um viel mehr als ein „Stoppt den Sozialabbau“. Es geht darum, daß wir uns zutrauen müssen, ein eigenes wirtschaftspolitisches Konzept zu entwickeln, das wir dem neoliberalen Konzept entgegenhalten können. Das schaffen wir aber nur, wenn wir unser wirtschaftliches Wachstum ökologisch ausrichten, wenn wir auch unser Steuersystem ökologisch umbauen und wenn wir uns selbst klarmachen, daß unser Gestaltungsweg Europa ist, allerdings nicht ein Europa der Kapitalisten, sondern ein Europa der Reformen und der Demokratie.